

Haushaltsrede erlanger linke 2026

Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Erlangerinnen und Erlanger,

dieser Haushalt und diese Haushaltsberatungen sind natürlich einerseits durch den Wahlkampf geprägt. Andererseits durch die besondere Situation, dass sich letztes Jahr CSU und SPD verkracht haben und es seit dem keine Koalition oder andere Form der strukturierten Zusammenarbeit mehr gibt.

Im freien Spiel der Mehrheiten mussten also viele Gespräche zwischen den Fraktionen und Gruppen geführt werden. Ich will zu diesen Gesprächen nicht zu viel sagen. Es deutet sich ja an, dass auf den allerletzten Drücker doch noch eine Mehrheit eins über den Durst gefunden wurde. Bloß zur Verhandlungsführung mancher der Beteiligten mal ein Zitat von Bismarck: Sie sind vielleicht ein Gesandter, aber kein Geschickter.

An unserer Haushaltslage hat sich nun leider im Vergleich zum letzten Jahr nichts grundsätzliches verändert. Allerdings hat der Deutsche Städte- und Gemeindentag im letzten Jahr beim ehemaligen Bundesverfassungsrichter und Ministerpräsidenten Peter Müller (CDU) ein Gutachten zum Konnexitätsprinzip in Auftrag gegeben. Das bringt es wunderbar auf den Punkt: "die Kommunen haben verfassungsrechtlich garantierte Ansprüche auf eine angemessene und

finanzielle Mindestausstattung und dürfen durch Bund und Länder nicht überfordert werden." Auf deutsch: Das Prinzip "Wer bestellt, bezahlt" hat Verfassungsrang! Es wird aber trotzdem von den verantwortlichen Parteien in Bund und Land permanent gebrochen. Das Gutachten beurteilt die Chancen einer Verfassungsbeschwerde beim Bund positiv. Hier sollten sich Kommunen zusammentun und auf den Weg machen! Das würde in der Substanz deutlich weiter bringen als Gerichtsverfahren über die Zulässigkeit der einen oder anderen Bagatellsteuer.

Quelle:<https://www.dstgb.de/publikationen/pressemitteilungen/kommunen-brauchen-verlaesslichen-ueberforderungsschutz/>

Das hier bei uns etwas mit der Gewerbesteuer nicht passt, hat sich inzwischen in der Stadt und auch in diesem Stadtrat herumgesprochen. Manche versuchen daraus jetzt eine allgemeine Wirtschaftskrise am Erlanger Stadtort zu machen. So ganz weit daneben können sie damit auch nicht liegen, zumindest kamen im letzten Jahr mehrere Unternehmerinnen und Unternehmer auf mich zu, weil sie an der Stadtregierung und den politischen Angeboten der Mitbewerber zweifeln und verzweifeln. Das ist schon ein Signal wenn Unternehmer auf einen Linken zugehen!

Trotzdem: Insgesamt sind die Wirtschaftsdaten in Erlangen gut, zehntausende Kolleginnen und Kollegen machen hier eine gute Arbeit und schaffen den Reichtum in dieser Stadt. Auch bei Siemens Healthineers - laut inzwischen vielfältigen Presseberichten Hauptverursacher des Gewerbesteuereintruchs - zeigen die Quartalszahlen weiterhin, dass es dem Konzern gut geht. Und auch sein Betrieb ist noch hier in Erlangen. Wer es nicht glaubt, kann hinfahren.

In Röttenbach, wo in vier Tochterfirmen von Healthineers schier unglaublich produktiv gearbeitet wird, sprudeln die Einnahmen. In meiner letzten Haushaltsrede habe ich darüber gesprochen, dass auf die knapp 5.000 Einwohner im Jahr 2024 10 Mio Euro Gewerbesteuereinnahmen kamen. Nun. Das Jahr 2025 wurde mit etwa 34 Millionen Euro Gewerbesteuereinnahmen abgeschlossen. Und wir hören, für dieses Jahr 2026 werden über 100 Millionen Gewerbesteuereinnahmen prognostiziert. Das ist etwa so viel wie Erlangen und einfach nur noch obszön! Obwohl wir als Stadt nach Strich und Faden ausgetrickst werden, gibt es hier im Stadtrat immernoch viele, die sagen selbst gegenüber diesen Konzernen sollen wir noch ausschließlich freundlich, zuvorkommend, ja fest devot sein. Ich habe leider keine Knieschoner dabei, denn Sie könnten Sie gebrauchen, so wie hier vor den Tricksern auf die Knie gegangen wird.

Letztes Jahr haben wir in unserer Haushaltsrede die Erhöhung des Mindesthebesatz der Gewerbesteuer auf Bundesebene vorgeschlagen. Kurz

darauf stand es eins zu eins so im Koalitionsvertrag. Wenn ich gewusst hätte, wie schnell das übernommen wird hätte ich noch ein paar mehr Forderungen. Der Stadtrat hat sich inzwischen auch mehrheitlich dieser Forderung angeschlossen. Die Bundesregierung und der Bundestag muss diesen Beschluss endlich umsetzen. Für unsere Fraktion im Deutschen Bundestag hat Gregor Gysi gestern in Erlangen nochmal bestätigt, dass wir das voll unterstützen. Liebe CSU, liebe SPD, rufen sie mal in Berlin an und drängen sie auf Umsetzung!

Es bleibt die zentrale Frage: Wer zahlt für die Haushaltskrise? Große profitable Unternehmen oder die Bürgerinnen und Bürger? Ihre Politik in Anbetracht der Haushaltskrise besteht vor allem darin, die Kosten allen aufzubürden, außer den großen profitablen Unternehmen und natürlich nicht sich selbst. Wir haben wieder einen Antrag eingebracht, bei unseren Aufwandsentschädigungen als Stadträte und bei der Dienstaufwandsentschädigung der Bürgermeister zu sparen. Er wurde hier wieder mehrheitlich abgelehnt. Was für ein Signal an die Menschen in dieser Stadt, die die Kürzungen bei sich spüren! Wir haben uns seit den letzten Haushaltsberatungen für einen andere Weg entschieden und spenden seit dem die gesamte Erhöhung jeden Monat in unseren Sozialfonds. So konnten wir bisher über 5.000 unserer Politikergelder an Menschen in Not umverteilen. So konnten wir vielen direkt helfen. Trotzdem ist es nur ein ganz kleiner Beitrag, den wir so leisten können.

Mit Gebührenerhöhungen auf breiter Front werden vor allem die kleinen und mittleren Einkommen belastet. Thema E-Werk: Über die Bedeutung von Kunst

und Kultur wurde und wird viel gesagt. Gerade als Gewerkschafter will ich aber einen anderen Aspekt stark machen: Immernoch wird nicht nach dem Tarifvertrag des Öffentlich Dienst bezahlt. Die eigentlich getroffene Vereinbarung, Stück für Stück Richtung 100% zu gehen wurde gebrochen, stattdessen schwank das Niveau um 90%. Haushaltssanierungen durch Lohndumping und Tariffucht sind für uns nie zustimmungsfähig.

Den Preis des Sozialtickets haben Sie einfach mal verdoppelt, zukünftige Verteuerungen des DeutschlandTickets werden eins zu eins weiter gegeben. Das verteuerte Sozialticket wird jetzt von vielen hundert Erlangerinnen und Erlangern weniger genutzt. So wird das Grundrecht auf Mobilität ausgehebelt. Das ist weder sozial noch klimafreundlich.

So wird die Rechnung der Haushaltskrise bei den Armen, Arbeitenden und der Mittelschicht abgeladen. Sie sind sich hier alle einig, dass auf keinen Fall über Gewerbesteuerhebesatz die großen profitablen Unternehmen beteiligt werden dürfen. Nun gut Der Gewerbesteuerhebesatz lässt sich im ersten Halbjahr auch noch Rückwirkend anheben! Das Gespräch können wir also nach der Wahl nochmal führen.

Doch was sind eigentlich die Themen, die die Erlangerinnen und Erlanger bewegen? Mit meiner Partei haben wir letztes Jahr an etwa 12.000 Haustüren mit den Erlangerinnen und Erlangern darüber gesprochen. Hunderte Erlangerinnen und Erlanger sind mit ihren Anliegen in unsere wöchentlichen Sozialsprechstunden gekommen. Ganz klar kamen dabei die hohen Wohnkosten

als drängendstes Thema raus. Um dieses Thema grundsätzlich zu lösen, braucht es Milliarden schwere Investitionen, vor allem auch vom Bund. Letztes Jahr habe ich über den Überbietungswettbewerb der Parteien beim Geld für Rüstung gesprochen. Damals lag die AfD vorne mit 5% des Bruttoinlandsprodukts für Rüstung. Kurz darauf wurde eine nach oben völlig unbeschränkte Verschuldungsmöglichkeit für Rüstung ins Grundgesetz aufgenommen. Das zeigt, wo ein politischer Wille da ist, ist Geld da. Die Prioritäten sind bloß schief. Wir stehen für eine andere Politik, die ihren Schwerpunkt auf bezahlbares Wohnen legt, statt immer mehr Kanonen.

Im Rahmen der kommunalen Selbstverwaltung ließen sich in Erlangen viele Maßnahmen zum Gegensteuern machen. Am wirksamsten ist und bleibt der öffentliche soziale Wohnungsbau. Deswegen treten wir für eine Stärkung unserer kommunalen Gewobau ein, etwa indem wir neu entstehenden Baugrund in städtischer Hand an die Gewobau übertragen, Stichwort Regnitzstadt. Das im Haushalt die Privatisierung öffentlichen Grunds und Gebäuden vorgesehen ist, geht genau in die falsche Richtung. Erhöhung der Sozialwohnungsquote, eine schärfere Kontrolle von verbotenen Leerstand und überhaupt mal eine Verfolgung illegal überhöhter Mieten würde dem Haushalt nichts bis wenig kosten. Wir springen hier in die Lücke, die die Stadt lässt. Mit unserem Heizkosten-Check kann man seine Nebenkostenabrechnung überprüfen, mit unserer Mietwucher-App seine Miete auf Überhöhung prüfen. Es kann nicht sein, dass wir als kleine Partei hier mehr machen als die Stadt.

Auch mit schärferen Bebauungsplänen kann die Stadt kostenarm viel für den Erhalt und Schutz des bezahlbaren Wohnraums tun, den es noch gibt. Wir freuen uns sehr, dass die Mehrheit der Erlangerinnen und Erlanger beim Bürgerentscheid Wohnraum in der Hindenburgstraße und Umgebung erhalten mit Ja gestimmt haben. Und ein Wort an die SPD-Fraktion: Ihr sagt die 52,4% Ja für die STUB sind eine klare Mehrheit und die 51,7% für den Erhalt von Wohnraum sind eine ganz knappe Mehrheit. Klären sie doch mal wo da die Grenze bei ihnen liegt.

Nichtsdestotrotz will ich mich beim Oberbürgermeister und der Verwaltung bedanken, dass sie sich zumindest bisher konstruktiv an die Umsetzung machen und den demokratischen Entscheid respektieren.

Dieser Haushalt enthält viele Kürzungen, die für uns nicht tragbar sind. Die Gefahr besteht aber immer, dass das der große Kürzungshammer erst nach den Kommunalwahlen kommt, wenn die dann Regierenden sich sicher fühlen vor dem Unmut der Regierten. Erste Signale in die Richtung hört man schon.

Wir haben gezeigt, beim Thema Wohnen sind wir Bürgerbegehrens und Bürgerentscheidfähig. Ich habe schon in der letzten Haushaltsrede gesagt, wenn es an die Substanz oder die Privatisierung der Erlanger Stadtwerke geht, bin ich mir ganz sicher das ein Bürgerbegehren in Wochen und nicht in Monaten fertig ist.

Und auch im Bereich der Kunst und Kultur haben Aktive meiner Partei eher nebenbei über 1.500 Unterschriften für die Stärkung des E-Werks gesammelt.

Auch nach den Kommunalwahlen werden wir uns also mit aller Kraft und immer im Bündnis mit der Bevölkerung gegen das Kaputtsparen dieser Stadt einsetzen.

Wir haben zu diesem Haushalt umfangreiche Änderungsanträge gestellt, die zahlreiche Verbesserungen beim Wohnen, beim Sozialen, beim Klima, bei der Kultur und für das Personal enthalten haben. Nicht zuletzt sind unsere Haushaltsanträge wie auch schon in den letzten Jahren in Summe haushaltspositiv. Sie haben mit Mehrheit alle unsere haushaltswirksamen Anträge abgelehnt. Daher werden Sie es schon geahnt haben: Wir lehnen diesen Haushalt ab, weil er die Folgen der Haushaltskrise einseitig bei den Beschäftigten, Mietern und Armen ablädt. Diese Politik ist mit uns nicht zu machen.

Wir werden in unseren Sozialsprechstunden weiter mit den Folgen dieser verfehlten Politik konfrontiert sein und helfen, wo wir können. Vor allem aber werden wir uns weiter dafür einsetzen, dass es endlich einen sozialen Politikwechsel gibt, so dass unsere Sozialsprechstunden endlich nicht mehr nötig sind.

Vielen Dank!